

Entwicklungen & Trends 2023

Klimaveränderung, Bodennutzung, Tierhaltung und Wirtschaftlichkeit

von Onno Poppinga

Klimaveränderungen

Das Jahr 2022 hatte geendet mit günstigen Bedingungen für die Mais- und Zuckerrüben-ernte sowie für die Herbstbestellung. Nach der langen Trockenheit im frühen Sommer 2022 sorgten die im Spätsommer häufiger einsetzenden Regenfälle noch für einen ungewohnt kräftigen Vegetationsschub bis in den Spätherbst. Die Bereitung von Grassilage Anfang November war sehr ungewöhnlich, aber sehr günstig für den Stock an Grundfutter. Der Winter sorgte dann für reichlich Niederschläge bei wenig Schnee und nur selten mit kräftigem Frost. Die Regenwürmer verblieben in den oberen Bodenschichten und hatten gute Bedingungen, organischen Dünger, gehäckseltes Stroh und Kothaufen auf den Weiden »einzuarbeiten«. Kräftige Niederschläge, die bis in den Mai 2023 hineinreichten, verzögerten die Aussaaten von Sommergetreide, Rüben, Kartoffeln und Mais. Wenn die Gülletöpfe voll waren und Gülle auch bei Nässe ausgebracht werden musste, gab es tiefe Spuren. Dann kam der Juni mit kompletter Trockenheit in fast allen Regionen. Grassilage, Heu und Wintergerste (und manchmal auch schon Roggen) ließen sich ohne Risiken und mit geringem Aufwand ernten. Mitte Juli setzte dann wieder Dauerregen ein, der schier nicht enden wollte. Sowohl Raps wie auch Winterweizen mussten »von den Feldern gestohlen werden«. Mitte August warteten in vielen Regionen die meisten Getreide- und zum Teil sogar die Rapsfelder noch auf den Drusch. Der leistungsfähigste Mähdrescher hilft nicht, wenn die Felder zu nass sind. Gegen Ende August sorgten dann einige sehr trockene Tage für eine schnelle Ernte.

Erste Ernteschätzungen verkündeten einen leicht rückläufigen Ertrag gegenüber dem Vorjahr, aber einen Ertrag auf dem Niveau des mehrjährigen Durchschnitts. Bei vielen Beständen gab es eingeschränkte Qualitäten (bezogen auf die herkömmlichen Kriterien). Regional war der Auswuchs so stark fortgeschritten, dass das Erntegut nicht mal mehr als Futtergetreide Verwendung finden konnte und in Biogasanlagen ging. Die wiederum hatten großes Interesse daran aus Sorge, der Mais könnte durch die Junitrockenheit doch so gelitten haben, dass nicht ausreichend Silomais vorhanden sein würde. Nach gelegentlichen Niederschlägen im Laufe des Augusts bot der September günstige Bedingungen sowohl für die Aussaat von Raps und Wintergetreide sowie für den Beginn der Maisernte. Sehr eng wird es dabei bisweilen auf den Kreis- und Landstraßen!

**Durchschnittlich
gute Ernte – trotz viel
Regen und Trockenheit**

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Leider sind die Angaben über Arbeitskräfte in der Landwirtschaft vom Statistischen Bundesamt noch aus dem Jahr 2020.¹ Es ist davon auszugehen, dass seitdem weiter viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Im Jahr 2020 arbeiteten 937.900 Menschen in der Landwirtschaft. Im Einzelnen:

- Familienarbeitskräfte: 434.400 Personen (umgerechnet 252.800 Voll-AK)
- Angestellte: 228.900 Personen (umgerechnet 175.900 Voll-AK)
- Saisonarbeitskräfte: 274.700 Personen (umgerechnet 56.100 Voll-AK)

Für die Angestellten vereinbarten die Gewerkschaft IG Bau-Agrar-Umwelt und die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände im Februar 2023 erstmals Tariflöhne, die einheitlich in ganz Deutschland gelten. Danach erhalten Facharbeiter und Facharbeiterinnen 14,50 Euro pro Stunde, Meister und Meisterinnen 16,50 Euro. Wie bei Tarifvereinbarungen allgemein, handelt es sich um Bruttowerte! Leider ist unbekannt, wie viele Angestellte in der Landwirtschaft gewerkschaftlich organisiert sind; es dürfte nur ein geringer Anteil sein. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bzw. im Arbeitgeberverband sind aber die Voraussetzung dafür, dass Tarifverträge überhaupt wirksam werden können.

Einen Hinweis auf die real gezahlten Löhne kann man dem Testbetriebsnetz der Bundesregierung entnehmen, jedoch nur für die Betriebe in der Rechtsform »Juristische Person« und die werden im Testbetriebsnetz leider nur für Ostdeutschland erfasst. Wenn man unterstellt, dass die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Angestellten in der Landwirtschaft 45 Stunden betragen hat, dann ergeben sich für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 15,40 Euro je Stunde. Im Gegensatz zum Tarifvertrag ist das ein Wert für »brutto, brutto«, d. h. die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sind darin noch enthalten. Außerdem beinhaltet der Wert für den Durchschnittslohn (übrigens 36.026 Euro pro Person und Jahr) den Lohn aller Angestellten, d. h. auch die der deutlich besser entlohnten angestellten Betriebsleiter, »Herdmanager« etc. sind darin enthalten. Immerhin hat sich aber der Stundenlohn gegenüber 2015/2016 (12,50 Euro je Stunde) verbessert.

Ein besonderes Problem in der Landwirtschaft sind Unfälle und Berufserkrankungen. Leider werden von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft seit einigen Jahren keine umfassenden Angaben dazu mehr veröffentlicht. Mitgeteilt wurde, dass 2021 2.633 Fälle als Berufserkrankungen anerkannt wurden, 2019 waren es noch 2.401 gewesen. Der mit 356 Fällen größte Anteil hatte als Ursache die Erkrankung von Atemwegen.² Die Unfallursachen sind so vielfältig wie die Landwirtschaft selbst. So verunglückten im Zeitraum 2017 bis 2021 818 Menschen im Zusammenhang mit der Gülletechnologie; 13 davon waren tödliche Unfälle, beispielsweise durch Ersticken in der Güllegrube oder durch Explosionen, die im Zusammenhang mit austretenden GÜllegasen erfolgten.³

Bodennutzung

Die Bodennutzung verändert sich in aller Regel nur in längeren Zeiträumen. Das gilt vor allem für das Verhältnis von Acker (11,66 Millionen Hektar) zu Grünland (4,74 Millionen Hektar) und Dauerkulturf Flächen (203.000 Hektar), aber auch für die Nutzung des Ackerlandes. So haben sich die Grünlandflächen in Deutschland von 1991 bis 2022 um circa elf Prozent vermindert.⁴

Eine Ausnahme bildeten die 1990er-Jahre, als wegen der neu eingeführten EU-Flächenförderung für Silomais dessen Anbau schnell und stark ausgedehnt wurde. Die Förderung von »NAWAROS« (Nachwachsenden Rohstoffen) für den Betrieb von Biogasanlagen verursachte dann zehn Jahre später einen weiteren Anstieg des Maisanbaus. Die bei Weitem größten Flächennutzer beim Ackerland waren 2023 erneut (in 1.000 Hektar):⁵

- Winterweizen (inkl. Dinkel) 2.846
- Silomais 2.069

**Gegenüber 2015/16
höhere Stundenlöhne**

**Winterweizen und
Silomais dominieren
weiterhin den Ackerbau**

- Wintergerste 1.274
- Winter- und Sommerraps 1.167

Eine starke Flächenausdehnung gegenüber dem sechsjährigen Durchschnitt hatten:

- *Getreide-Ganzpflanzensilage*: plus 12,0 Prozent auf 93.000 Hektar; in Hessen und NRW war sogar ein Anstieg um mehr als 50 Prozent zu erkennen;
- *Körnermais und Corn-Cob-Mix (CCM)*: plus 7,4 Prozent auf 429.000 Hektar; in Mecklenburg-Vorpommern Anstieg um mehr als 30 Prozent;
- *Triticale*: plus 4,4 Prozent auf 312.000 Hektar; in Schleswig-Holstein um mehr als 80 Prozent;
- *Hafer*: plus 4,1 Prozent auf 139.000 Hektar;
- *Ackerbohnen*: plus 4,1 Prozent auf 62.000 Hektar, in Brandenburg Anstieg um mehr als 60 Prozent.

**Im Kommen:
Ganzpflanzensilage,
Körnermais, CCM
und Ackerbohnen**

Tierhaltung und Tierzahlen

Von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung her sind die Rinder- und Schweinehaltung für die Landwirtschaft immer noch bei Weitem am bedeutendsten. Bei beiden Tierarten gingen die Zahlen in den letzten Jahren deutlich zurück (Tab. 1).

	2010	2022	2023	2023 zu 2010
Rinder insgesamt	12.809	10.986	10.937	-15 %
davon: Milchkühe	4.183	3.817	3.775	-9 %
sonstige Kühe	717	612	623	-3 %

Angesichts der politischen Debatten um die Bedeutung des Grünlandes und der Weiden für eine Nutztierhaltung mit wenig Nahrungskonkurrenz zur menschlichen Ernährung und wegen ihres Einflusses auf die Festlegung von CO₂ sind die bereits 2019 im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2020 erhobenen Daten zum Weidegang bedeutsam. Hierbei zeigte sich eine sehr deutliche Abhängigkeit des Weidegangs von der Herdengröße.

Bei Herden mit weniger als 50 Kühen hatten (nach Eigenauskunft der landwirtschaftlichen Betriebe) mehr als 40 Prozent der Herden Weidegang. Bei denen zwischen 50 und kleiner 200 Tieren waren es noch mehr als 35 Prozent der Tiere, die Weidegang hatten; ein Anteil, der dann bei Anstieg der Herdenzahlen sehr stark zurückging. Möglicherweise sind die Angaben über Weidegang aber überschätzt. Ziemlich sicher überschätzt ist der aktuell mit 31 Prozent angegebene Bundesdurchschnitt des Anteils der Herden mit Weidegang. So handelt es sich um Selbstauskünfte, die in einer Zeit erfragt wurden, als das Thema »Weidegang« in der öffentlichen Diskussion bereits positiv gesetzt war. Zu beachten ist weiter, dass trotz Weidegang, Betriebe, die hohe Milchleistungen anstreben, viel zu häufig unverändert große Mengen an Kraftfutter einsetzen. Daher ist »Weidegang« nicht gleichbedeutend mit »Futter vorwiegend von der Weide«! Auch das Argument, dass wegen der großen Bedeutung des Grünlandes für die Milchviehfütterung Milch und Rindfleisch wertvolle Proteine für die menschliche Ernährung ohne Nahrungskonkurrenz liefern, stimmt nur, wenn wenig Kraftfutter und wenig Ackerfutterbau (Ackergras, Mais) in der Fütterung eingesetzt werden!

**Weidegang nimmt
mit Herdengröße ab**

Als Folge der jahrzehntelangen Ausrichtung der Zucht auf Milchmengenleistung ist in allen zahlenmäßig wichtigen Rinderrassen eine anhaltende Größen- und Gewichtszunahme zu beobachten. Auch wenn in den aktuellen Formeln zur Zuchtwertschätzung der Gesichtspunkt »Milchleistung« deutlich weniger gewichtet wird, hält die Größenentwicklung der Milchkühe weiter an. Ein zentrales Problem in sehr vielen Milchviehherden ist unverändert die hohe Zahl an Lahmheiten. Nach der sehr fundierten Forschungsarbeit PraeRi⁷ waren in den Regionen »Nord« und »Süd« 25 bzw. 24 Prozent aller Kühe lahm, in der Region »Ost« sogar 39 Prozent. Die Gründe sind vielfältig; bedeutsam sind unter anderem die negative

Energiebilanz, die bei vielen Hochleistungstieren einige Wochen nach der Geburt auftritt, eine schwache Körperkondition, die unter anderem zu einer Abnahme der Pufferwirkung des Ballenfettpolsters führt sowie Fehler in der Fütterung, aufgrund derer es zu der gefürchteten »Klauenrehe« kommen kann.

Teil des Problems ist, dass nur wenige Betriebe aufgrund viel zu geringer Zahl an Mitarbeitern im Verhältnis zu den sehr groß gewordenen Kuhbeständen in der Lage sind, unmittelbar nach Auftreten einer Lahmheit mit Klauenpflegemaßnahmen zu reagieren. Bei einem Großteil der Betriebe erfolgt zwar zweimal im Jahr ein Routineschnitt an den Klauen, das reicht aber keinesfalls für eine gute Tiergesundheit (und ist ihr vielleicht sogar abträglich?).

Weiterhin hat die Rinderzucht es mit dem Auftreten neuer Letalfaktoren zu tun. So hat bei den Deutschen Holsteins beispielsweise der seinerzeit überaus häufig eingesetzte Bulle »o-Man« die rezessiv vererbende Anlage seines Vaters »Bell Elton« verbreitet, die zu einer herabgesetzten Immunität des Verdauungssystems führt (»BLIRD« wird diese Erkrankung genannt). Die betroffenen Kälber sterben deutlich häufiger und früher.

Bei den Schweinen war der Rückgang der Tierzahlen noch erheblich größer als bei den Rindern (Tab. 2). Hierzu trugen vor allem der seit längerem anhaltende Rückgang des Verzehr von Schweinefleisch im Inland sowie ein Einbruch der Drittlandexporte als Folge des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland bei:

Zahlreiche Gründe für die Zunahme von Lahmheiten der Kühe

Tab. 2: Entwicklung Schweinebestände (in 1.000)⁸

	2010	2022	2023	2023 zu 2010
Schweine insgesamt	26.507	22.337	20.715	- 22 %
Mastschweine	11.173	10.258	9.547	-15 %
Sauen	2.242	1.317	1.374	- 39 %

Tab. 3: Haltungspätze nach Haltungsförmn 2020 in 1.000⁹

Haltungsplätze	insgesamt	27.758
Davon	Vollspalten	21.966
	Teilspalten	4.669
	Planbefestigt mit Einstreu	686
	Planbefestigt mit Tiefstreu	264

Auch für die Schweine wurde mit der Landwirtschaftszählung 2020 versucht, Informationen über Haltungsförmn zu sammeln. Es zeigte sich eine Dominanz der Ställe mit Vollspaltenböden; das ist eine Stallförm, die sehr grundsätzliche Nachteile für die Tiere aufweist (aufgeschürfte Gelenkflächen, Veränderungen der Lunge durch Ammoniak), aber kostengünstig zu bewirtschaften ist (Tab. 3).

Nach heftigen Protesten von Landwirten war

die Borchert-Kommission seinerzeit von der Landwirtschaftsministerin Klöckner (CDU) eingesetzt worden. Sie hatte die Aufgabe, Auswege zu finden aus der überaus heftigen Kritik in der Öffentlichkeit an den »modernen Haltungsverfahren« in der Schweinehaltung. Selbstverständnis – zumindest des Kommissionsvorsitzenden – war es, der *Gesamtheit* der schweinehaltenden Betriebe ein verbessertes Haltungsniveau bei wirtschaftlicher Sicherheit zu ermöglichen. Bezahlt werden sollte das durch den Bundeshaushalt, über eine Abgabe der Verbraucher und durch die Landwirte selbst. Die Kommission löste sich im September 2023 durch Entscheidung ihres Vorsitzenden auf. Seine Begründung war, Landwirtschaftsminister Özdemir (Grüne) verweigere die Finanzierung. Die Kritik an dieser »Verweigerungshaltung« war groß und einhellig. Aber so verständlich Enttäuschungen auch sind, wenn große Hoffnungen »den Bach runtergehen«, so ist es wohl doch zu einfach, Herrn Özdemir als »Watschenmann« zu nutzen. In der Summe wäre der Ansatz wohl nicht realistisch, bei gleichzeitigem *Fortbestehen der Weltmarktorientierung* und den dazu gehörenden *Niedrigpreisen* durch Abgaben der Verbraucher und *dauerhaftem* Einsatz umfangreicher Steuermittel deutlich höhere Preise zu sichern. So schätzte die Kommission allein für die Schweinehaltung einen jährlichen Finanzierungsbedarf von vier bis fünf Milliarden Euro. Die Aufwendungen für die Kühe, die Mastbullen, das Mastgefögel, die Legehennen wären noch dazu gekommen.

Schweinehaltung auf Vollspaltenböden vorherrschend – Umbau kaum zu finanzieren

So unangenehm die Aussage auch sein mag: Wenn an der Integration in den Weltmarkt festgehalten wird, werden sich auch die damit verbundenen unsäglichen Wirkungen auf die Einkommensverhältnisse der Landwirte wie auf das Niveau von Umwelt- und Tierschutz einstellen. Wenn man das nicht länger will, kommt man um die (schrittweise) Wiederherstellung eines eigenständigen Preisniveaus innerhalb der EU nicht herum. (Vielleicht mag ja der Tatbestand, dass selbst bei Hustensaft und Antibiotika in Deutschland inzwischen Versorgungsprobleme eingetreten sind, der Erkenntnis »auf die Beine« helfen, dass die Weltmarktausrichtung durch eine klügere Konzeption abgelöst werden muss.) Nachdem die »große Lösung« gescheitert ist, dürfte nun das »Hauen und Stechen« zwischen den Lobbyverbänden um die Verwendung der einen Milliarde Euro beginnen, die – verteilt auf vier Jahre – für die Verbesserung des Tierwohls in den Bundeshaushalt eigestellt worden sind.

Das Land Niedersachsen kündigte im August 2023 an, die Aufgabe der Schweinehaltung finanziell zu fördern. Es wäre dagegen dringend erforderlich, sich über einen »neuen Start« für die Haltung von Schweinen Gedanken zu machen. In der Geflügelhaltung ist das mit den »Freilaufställen« gelungen. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass der überaus starke Abbau der Anzahl an Schweinen und an Betrieben mit Schweinehaltung in den letzten Jahren vor allem in Regionen stattfindet, wo die Schweinehaltung ohnehin eine eher geringe Bedeutung hat. In den Problemgebieten mit bereits jetzt hoher Konzentration an Mastliegeplätzen scheint diese hingegen nicht abzunehmen.

**Umbau der Tierhaltung
braucht Verzicht auf
Weltmarktorientierung**

Betriebsmitteleinsatz

Mineraldünger und Gülle

Als Folge der rückläufigen Tierzahlen ging die in Deutschland anfallende Güllemenge und damit auch die Nährstofffracht zurück. Setzt man den Gülleanfall mit der Anzahl an Schweinen in ein Verhältnis, wäre das seit 2010 ein Rückgang um schätzungsweise 15 bis 20 Prozent. Die Auseinandersetzung um die Pflicht, in Zukunft generell die Ausbringungstechniken Schleppschlauch- oder Schlitzverfahren einsetzen zu müssen, halten an. Die geforderten Verfahren sind mit hohen Investitionskosten, mit zusätzlicher Bodenverdichtung und mit erhöhter Unfallgefahr verbunden. Beim Schleppschlauchverfahren kommt noch die Verschmutzung von Grünfutter durch die entstehenden »Güllewürste« hinzu. Ende Juni 2023 protestierten sehr viele Bauern mit einem Aufmarsch von zahlreichen Güllefüßern bei einem Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten in der Gemeinde Wieskirche gegen die Ausbringungspflicht für Schleppschlauch- oder Schlitzverfahren.¹⁰

Hatten die Düngerpreise 2022 absolute Höchststände erreicht (bei Kalkammonsalpeter weit über 60 Euro je Dezitonne), so erfolgte 2023 eine stufenweise Rücknahme der Preise (Juli 2023 beispielsweise auf 34 Euro je Dezitonne).¹¹ Da der Bestellzeitpunkt für Dünger großen Einfluss auf die Düngerpreise und damit auf die Wirtschaftlichkeit hat, ist dies ein für die Betriebe schwer abschätzbarer Risikofaktor.

Seit vielen Jahren wird (nach Vorarbeiten von Martin Bach aus dem Institut für Landschaftsökologie der Universität Gießen) im Rahmen der Agrarstatistik abzuschätzen versucht, wie sich die Gesamtbilanz beim Nährstoff Stickstoff darstellt. Dabei wird unterschieden zwischen Saldo Stallbilanz und Saldo Feldebilanz. Das Saldo gibt an, wie hoch der Stickstoffüberschuss pro Hektar Landwirtschaftlicher Nutzfläche ist.

Saldo Gesamtbilanz Stickstoff¹²

- 1990 141 kg N
- 2000 116 kg N
- 2010 90 kg N
- 2020 80 kg N

Diese Entwicklung ist angesichts der seit Jahrzehnten diskutierten Nitratproblematik in Deutschland wirklich sehr bedeutend. Sie lässt sich auf eine Verminderung des Saldos in der Tier- und in der Flächenbilanz zurückführen. Beim mineralischen Dünger gab es allein in

**Rückläufiger Gülleanfall
und anhaltende
Auseinandersetzungen
um Ausbringtechnik**

den letzten 15 Jahren folgende Verminderungen in Kilogramm pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (ohne Brache):

Tab. 4: Verminderung des Saldos an Mineralstoffen¹³				
	N	P	K	Ca
2005/2006	110	17	26	111
2015/2016	104	18	24	169
2020/2021	78	12	28	166
2021/2022	68	7	17	167
Einzig die Düngung von Kalk (Ca) verbleibt – nach einem Anstieg ab 2005 – seit 2015 auf dem erreichten Niveau.				

Pestizide

Das Bundesamt für Verbraucherschutz veröffentlicht jedes Jahr zum Spätsommer hin eine Statistik, in der über die Abgabe an Pestiziden in Gartenbau und Landwirtschaft informiert wird. Das Niveau der insgesamt in Deutschland abgesetzten Mengen liegt seit vielen Jahren zwischen 32.000 und 34.000 Tonnen. Es war wohl die Trockenheit, die in den Jahren 2019 und 2020 zu einem leichten Rückgang führte. Nachdem 2021 die Wirkstoffmengen schon wieder um etwa 1.000 Tonnen zunahmen, erhöhte sich der Absatz 2022 auf gut 32.000 Tonnen (eine Zunahme um 3.000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr).

**Gleichbleibend:
hoher Pestizideinsatz
und das Drama um das
Verbot von Glyphosat**

Die EU formulierte in ihrer Farm-to-Fork-Strategie die Vorgabe, dass der Pestizideinsatz bis 2030 um 50 Prozent sinken solle. Im Frühjahr 2023 verknüpfte der damalige Klimakommissar Frans Timmermans dieses Ziel in höchst problematischer Weise mit der Gentechnik: So könnten, zum Ausgleich für die Reduktion beim Pestizideinsatz, gentechnisch manipulierte Pflanzen erleichtert zugelassen und auf eine Kennzeichnung der daraus gewonnenen Produkte verzichtet werden.¹⁴ 2023 wurde dem politischen Drama über das seit Jahrzehnten von Umweltwissenschaftlern und in der Öffentlichkeit geforderte Verbot des Totalherbizids »Round up« mit dem Wirkstoff Glyphosat ein neues Kapitel hinzugefügt, diesmal mit einem Bundeslandwirtschaftsminister von der Partei Bündnis 90/Die Grünen.¹⁵

Digitalisierung

Wie in allen anderen Wirtschafts- und Lebensbereichen hat auch in der Landwirtschaft die »Digitalisierung« Einzug gehalten. Auf einigen Betrieben mit Feldgemüseanbau sind Hackroboter im Einsatz; in Laufställen nimmt nicht nur der Einsatz an Melkautomaten zu, sondern auch der von Robotern, die Kot und Urin auf den Laufgängen aufsaugen und über einem Stichkanal in die Güllegrube »entlassen«. Diese Neuerungen sind mit hohen Kosten verbunden, so gehen z. B. zwei Melkautomaten für 120 Kühe mit Investitionskosten von gut 300.000 Euro einher. Hinzu kommen beträchtliche jährliche Kosten für Reparatur, Strom, Wasser, Reinigungsmittel und nicht gerade geringe Unsicherheiten bezüglich Funktionsicherheit. Während die Hersteller die Vorzüge dieser neuen technischen Möglichkeiten satt ausmalen, kommen erste Untersuchungen zu sehr viel skeptischeren Ergebnissen. So interpretierte Christine Elsner eine während der »Grünen Woche« am 23. Januar 2023 vorgestellte gemeinsame Untersuchung vom Zentrum für Agrarlandschaftsforschung und dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) wie folgt:¹⁶

**Rebound-Effekte der
Digitalisierung**

- Aktuell würden technische Neuerungen in der Agrarbranche meist nicht für ökologische Verbesserungen entwickelt, sondern in erster Linie für die Ertragssteigerung oder Arbeitserleichterungen.
- Die Digitalisierung könne Rebound-Effekte haben. Beispiel Wassermanagement: Die Bewässerung eines Feldes würde durch die digitale Technik effizienter. Doch die damit einhergehende Einsparung an Wasser würde wieder wettgemacht, denn es würden mehr Nutzpflanzen angebaut, sodass der Wasserbedarf höher sei als zuvor.

- Auch schwer zugängliche Nischenflächen, die derzeit der Natur überlassen bleiben, könnten durch Feldroboter bewirtschaftet werden.
- Gewinner der Digitalisierung seien bisher die Agrarkonzerne, die die Technologien bereitstellten und große (Mengen) an Nutzerdaten auswerten könnten.

Wirtschaftlichkeit und Direktzahlungen

Entwicklung der Produktmärkte

Das Jahr 2023 begann mit einer Fortsetzung der ungewohnt hohen Preise für alle Agrarerzeugnisse. Dieser Anstieg in für die Bauern »unbekannte Höhen« hatte bereits 2021 begonnen (Getreide) und sich dann 2022 fortgesetzt. Nur die Auszahlungspreise für Milch blieben bis Mitte 2022 auf ihrem langjährig niedrigen Niveau, um aber auch dann kräftig anzuziehen. Den Hintergrund für diese ganz und gar ungewohnten Preisveränderungen bildeten zum einen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine einschließlich der Boykottmaßnahmen der EU sowie der – durch die »auf breiter Front« starken Preissteigerungen ausgelöste – Verlust der Balance zwischen den Oligopolen, die sowohl die Lebensmittelwirtschaft wie den Lebensmittelhandel dominieren. Statt Wettbewerb herrschte *catch as catch can*. Im Einzelnen:

Catch as catch can – statt Wettbewerb auf den Märkten

Getreide

Bei Brotweizen und Brotroggen zeigte sich ein sehr ähnlicher Verlauf: Während die Auszahlungspreise im August 2021 noch bei gut 20 Euro pro Dezitonne lagen, stiegen sie bis Juli 2022 auf 30 Euro, um – nach leicht schwächeren Preisen in den Wintermonaten – im Mai 2023 sogar kurzfristig 40 Euro zu erreichen. Danach begann ein sehr rascher Verfall der Preise wieder auf etwa 20 Euro im August 2023. Der Preisverlauf bei Futtergerste war ähnlich, aber mit leicht niedrigeren Werten. Dagegen hielt sich der Preis für Braugerste noch im Mai 2023 bei gut 30 Euro je Dezitonne. Nach Aussagen von »Kennern der Branche« war an dem starken und schnellen Verfall der Preise sowohl bei Weizen, Mais und Raps die erhebliche Zunahme an Exporten aus der Ukraine beteiligt. War der Handel mit der Ukraine und der EU vor Kriegsbeginn noch durch Kontingente geregelt, wurden diese danach aufgehoben. Für den Zeitraum Juli 2022 bis Juni 2023 etwa kamen von den knapp 25 Millionen Tonnen Mais, die in die EU eingeführt wurden, 14 Millionen aus der Ukraine. Nach dem Ende des »Schwarzmeerabkommens« verstärkten sich diese Lieferungen noch. Deutschland (und Italien) wurden besonders stark beeinflusst, weil viele der anderen Mitgliedsländer der EU Maßnahmen gegen diese Importe ergriffen.¹⁷

Gute Preise lösten reflexhaft Neuinvestitionen in den Maschinenpark aus

Auch wenn es bei den Aufwendungen (Mineraldünger, Diesel) ebenfalls starke Kostenzunahmen gab, erlebten die Ackerbaubetriebe sowohl im Wirtschaftsjahr 2021/2022 wie im Wirtschaftsjahr 2022/2023 »blühende Landschaften«. Die aktuellen Preis- und Kostenveränderungen legen es aber nahe, dass diese für die Landwirtschaft ungewohnten Verhältnisse wohl schon wieder vorbei sind. Auch um Einkommensteuern zu sparen, lösten die sehr guten Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2022/2023 geradezu reflexhaft Neuinvestitionen in den Maschinenpark aus. Nachdem die Sparte Landtechnik im deutschen Maschinenbauverband bereits 2021 erstmal die Grenze von zehn Milliarden Euro Umsatz erreicht hatte, stiegen die Umsätze 2022 noch mal um 18 Prozent auf 12,4 Milliarden Euro.

Milch

Aufgrund der seit Jahren unzureichenden Milchauszahlungspreise (Auszahlungspreise mehr als zehn Cent unter den Erzeugungskosten!) ging die in Deutschland von konventionell wirtschaftenden Betrieben erzeugte Milchmenge bis Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahr weiter um gut zwei Prozent zurück. Ab Juni verursachte der überraschende Anstieg der Milchauszahlungspreise dann wohl eine Trendumkehr: Bis Oktober 2022 blieb die Milchmenge konstant, um dann (sehr) leicht anzusteigen (plus 0,2 Prozent). Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Import von Milch aus EU-Ländern nach Deutschland von den Molkereien etwas ausgedehnt wurde: 2022 um 20 Prozent, 2023 um 14 Prozent – ausgehend allerdings von einem geringen Niveau.

Der durchschnittliche Auszahlungspreis der Molkereien an die landwirtschaftlichen Betriebe hatte Januar 2022 bei 43 Cent je Kilogramm Milch gelegen, erreichte im Dezember mit 62 Cent den höchsten Stand und ging dann bis zum Mai 2023 wieder auf 44 Cent zurück.¹⁸ Für die Dauer von gut einem dreiviertel Jahr erlebten die Milchviehbetriebe einen Auszahlungspreis, der höher war als ihre Erzeugungskosten – eine zumindest seit Jahrzehnten nicht erlebte Situation! Die Freude war aber, wie zu erwarten, nur von kurzer Dauer. Mitte 2023 gab es bereits erste Molkereien, die wieder auf das unsäglich unzureichende Ausgangsniveau der Auszahlungspreise zurückgefallen waren.

**Schnelles Tief
nach kurzer
Freude über hohe
Milchzahlungspreise**

Will man sich einen Eindruck von der wirtschaftlichen Lage der Milchviehbetriebe verschaffen, dann müssen Milch und Rindfleisch gemeinsam betrachtet werden, denn »Keine Milch ohne Rindfleisch«. So erlebte auch der Auszahlungspreis für Rindfleisch eine ähnlich starke Zunahme wie der Auszahlungspreis für Milch. Der Preis für Rindfleisch von Jungbullen stieg auf über vier Euro je Kilogramm Schlachtgewicht, um dann auch wieder zurückzugehen. Selbst die Kälberpreise der Rasse Deutsche Holstein, die seit Jahren auf einem überaus niedrigen Niveau lagen, verbesserten sich (kurzzeitig?) deutlich.

Durchaus anders als im konventionellen Bereich war die Mengenentwicklung bei Milch, die von ökologisch wirtschaftenden Betrieben an die Molkereien geliefert wurden. Bis zum September 2022 stieg die Milchanlieferung von Monat zu Monat um etwa drei Prozent; danach schwoll die monatliche Steigerung an auf mehr als acht Prozent und erst im Mai 2023 verminderte sich die Milchmengensteigerung auf fünf Prozent. Diese starken Zuwächse (Ergebnisse von Umstellungen auf die ökologische Wirtschaftsweise zwei Jahre zuvor) stellten die Molkereien mit Biomilchverarbeitung angesichts der allgemein starken Preissteigerungen im Lebensmittelbereich vor sehr große Probleme. Dies nicht nur, weil die Nachfrage nicht im gleichen Umfang mit anstieg, sondern auch weil ein erheblicher Anteil der Käufer von Bioprodukten wegen der gerade bei Milch und Milchprodukten besonders hohen Preissteigerung im Lebensmitteleinzelhandel die günstigeren Bioangebote in den Supermärkten den etwas teureren im Naturkostsegment (Bio- und Hofläden) vorzog. Im Gegensatz zu vielen Hoffnungen auf die Zahlungsbereitschaft für »Qualitätsprodukte« zeigte sich, dass in Zeiten mit starken Preissteigerungen zu den preiswerten Produkten gewechselt wird. (Es ist durchaus schon eine alte Erfahrung: »Aufgeklärte Verbraucher sind wankelmütige Verbraucher«.) Hier sollten die vielen Verbände, Agrarökonominnen und landwirtschaftlichen Betriebe, die angesichts der langjährigen Misere der durch die Ausrichtung auf die Weltagrarmärkte abgestürzten Preise ganz auf »höhere Preise durch Qualitätserzeugung« setzen, ins Grübeln kommen.

**Biomilchpreise unter
Erzeugerkosten –
Verbände fordern
Orientierungspreis**

Die Auszahlungspreise der Molkereien an die Biomilchviehbetriebe hatten im Januar 2022 bei 53 Cent gelegen, erreichten mit 65 Cent im Dezember ihren Spitzenwert, um dann auch wieder zurückzugehen auf 59 Cent im Mai 2023.¹⁹ Im Gegensatz zu den konventionellen Betrieben erreichten die Auszahlungspreise für die Biomilch trotz der Steigerung nicht die Höhe der Kosten. Im August 2023 veröffentlichten Bioland und Naturland eine eigene Berechnung der Vollkosten der Biomilcherzeugung und schlossen die Forderung an, dass die Molkereien bei ihren Auszahlungspreisen diese Kosten zugrunde legen und für stabile Preise sorgen sollten. Die Forderung der zwei Bioverbände nach einem »Orientierungspreis«, der von den Vollkosten abzuleiten ist, ist ein Novum in der Bio-Milchpreis-Szene.

Schweine

Der Schweinemarkt ist bereits seit Jahrzehnten durch Auf- und Abschwünge gekennzeichnet. Als Folge der Konzentration auf immer größere Bestände mit 1.000 Liegeplätzen und mehr (was etwas über 2.500 gemästeten Tieren entspricht) ging die Anpassungsfähigkeit der Betriebe zurück. Die inzwischen nach der »Weltmarktorientierung« große Abhängigkeit von Drittlandexporten trug ihrerseits zu starken Preisschwankungen bei. In der Folge wurde die Dauer der »Hochs« kürzer und die der »Tiefs« immer länger.

Die »Preisrallye« bei Schweinefleisch sah im Einzelnen wie folgt aus: Bis zum Beginn des Jahres 2019 herrschte ein langanhaltendes Preistief vor (1,40 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht), das zu hohen Verlusten führte. Dann setzte in Schüben ein Preisanstieg ein, der im Frühjahr 2020 zu ungewohnt hohen Preisen in Höhe von knapp zwei Euro je Kilogramm

Schlachtgewicht führte. Die Preise stürzten Anfang 2021 wieder auf 1,20 Euro ab und erreichten über den Sommer eine Verbesserung auf etwa 1,60 Euro. Sie stürzten erneut ab, um danach auf bis dato unvorstellbare 2,60 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht zu steigen. Zwar machten diejenigen Mastbetriebe, die die langen Phasen mit unzureichenden Preisen überdauert hatten, bei Preisen von über zwei Euro je Kilogramm Schlachtgewicht trotz der erheblich gestiegenen Futterkosten deutliche Gewinne. Die Tendenz zur Aufgabe der Schweinemast blieb jedoch (bisher?) ungebrochen. Hier rächt sich die auch von vielen der großen Schweinemastbetriebe seinerzeit begrüßte Ausrichtung der EU auf das Niveau der Weltmarktpreise. – Die Entwicklung der Ferkelpreise folgte im Großen und Ganzen der der Preise für Mastschweine und der Anteil der Betriebe, die die Zuchtsauenhaltung aufgaben, war noch deutlich höher als der mit Mastschweinen.

Ungebrochen: Aufgabe der Schweinemast als Folge der Orientierung an Weltmarktpreisen

Direktzahlungen

Seit der EU-Agrarreform von 1992 besteht das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe aus den Erlösen am Markt und den Direktzahlungen, die die EU, die Nationalstaaten und die regionalen Gliederungen (hier: Bundesländer) als Ausgleich für die sehr starken Preissenkungen, die mit der Reform von 1992 beabsichtigt und durchgesetzt worden waren, eingeführt haben. Im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte hat es zwar beachtliche Modifikationen an diesen Direktzahlungen gegeben, aber ihr absoluter Gesamtbetrag blieb im Wesentlichen unverändert. Der inflationsbereinigte Wert der Zahlungen ging dadurch auf schätzungsweise mehr als 30 Prozent und damit sehr deutlich zurück.

Die jüngste Veränderung im Aufbau der Direktzahlungen (hier nur die sog. Erste Säule) besteht nun in der Einrichtung einer Dreiteilung:

- Esmüssen von allen Betrieben, die einen Antrag auf Direktzahlungen gestellt haben, die »Konditionalitäten« eingehalten werden, also bestimmte allgemeine Anforderungen an die Form der Bewirtschaftung (beispielsweise Umbruch von »altem« Grünland ist nicht erlaubt). Dafür gibt es im Gegensatz zur vorherigen Regelung (Cross Compliance) aber keine Zahlungen mehr.
- Es wird eine »Einkommensgrundsicherung« bezahlt, deren Höhe bei knapp 200 Euro je Hektar liegen dürfte; sie wird nach dem Umfang der Fläche gezahlt.
- Wenn die Betriebe weitere Zahlungen erhalten wollen, so müssen sie eine oder mehrere »Öko-Regelungen« (auch Eco-Schemes genannt) durchführen. Diese Regelung wurde eingeführt, um solche Praktiken der Landwirtschaft zu unterstützen, die die Agrarverwaltung als »im Interesse des Gemeinwohls« beurteilt.

Überraschend geringe Annahme der Öko-Regelungen

Das Ergebnis der Beantragung dieser Zahlungen durch die landwirtschaftlichen Betriebe war für die Agrarverwaltung und Politik eine erhebliche Überraschung: Die meisten Öko-Regelungen wurden in viel geringerem Umfang von der Landwirtschaft »angenommen« wie geplant:²⁰ Von den knapp 18 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen wurden für zwei Drittel der Flächen keine Anträge gestellt! (Allerdings kann es hier Querbeziehungen zu Angeboten in der Zweiten Säule geben.) Das bedeutet, dass die Bewirtschafter dieser Flächen etwa 100 Euro weniger an Direktzahlungen aus der Ersten Säule erhalten wie zuvor (bei einem Betrieb mit 80 Hektar sind das immerhin 8.000 Euro für das Jahr). Vermutlich wegen der ungewöhnlich guten Auszahlungspreise blieb das bisher ohne Proteste.

- Über Erwarten stark beantragt wurde »die extensive Bewirtschaftung von einzelnen Dauergrünlandflächen«; der Nachweis musste über das Vorhandensein von vier Pflanzen-Kennarten erfolgen. Für diese Öko-Regelung gab es auch mit 240 Euro je Hektar die bei Weitem höchste Zahlung! Beantragt haben 42.000 Antragsteller für 1,16 Millionen Hektar.

Bei allen anderen Öko-Regelungen lag der Umfang an Antragstellungen deutlich unter den Erwartungen der Verwaltung bzw. war sogar unerheblich.

- Für die »Schutzziel-gemäße Bewirtschaftung der Natura-2000-Gebiete« stellten gut 33.000 Betriebe einen Antrag für 1,13 Millionen Hektar.
- Die Maßnahme »Extensivierung des gesamten Dauergrünlandes« wurde ebenfalls von knapp 34.000 Betrieben beantragt für 1,32 Millionen Hektar.

- Im Gegensatz zu den Öko-Regelungen, die mehr grünlandorientiert waren, wurden diejenigen für Maßnahmen auf dem Ackerland deutlich weniger beantragt. Die Regelung »Vielfältige Kulturen mit mindestens fünf Hauptfruchtarten und zehn Prozent Leguminosen« wurde von 12.000 Antragstellern und für 1,73 Millionen Hektar beantragt.
- Sehr wenig beantragt wurden dagegen die Öko-Regelungen zu der Anlage von Blühflächen, zum Pflanzenschutzverzicht auf Ackerland und Dauerkulturen und zur Agrarforstwirtschaft.

Es fehlen Öko-Regelungen, die Betriebe unterstützen, die sich »auf den Weg gemacht haben«

Noch ist nicht entschieden, wie mit den sehr erheblichen nicht für die Öko-Regelungen ausgeschöpften Finanzmitteln umgegangen werden soll. Eine (aller)erste Einschätzung ist, dass die landwirtschaftlichen Betriebe positiv auf diejenigen Regelungen reagiert haben, bei denen sich ihre schon vorhandenen Bewirtschaftungsformen mit positiven Wirkungen auf die Umwelt und Tierhaltung sich mit den Forderungen der Öko-Regelungen deckten. Bei den Maßnahmen dagegen, bei denen sie mehrheitlich grundlegende Umstellungen vornehmen hätten müssen (beispielsweise der vollständige Verzicht auf Pestizide im Ackerbau), war das Interesse sehr überschaubar. Das kann nicht verwundern, weil, um bei dem Beispiel zu bleiben, der vollständige Verzicht von Pestiziden eine längerfristige und grundsätzliche Neuausrichtung erforderlich macht. Wer sollte sich für so etwas auf eine Maßnahme einlassen, die von Jahr zu Jahr wechseln könnte? So fehlen bei den Öko-Regelungen eindeutig solche Maßnahmen, die Betriebe unterstützen, die jetzt schon wichtige Verbesserungen in den Bereichen Umwelt und Tierschutz praktizieren, ohne aber komplett aus dem über Jahre entstandenen Formen der Landwirtschaft auszusteigen. Von in dieser Hinsicht großer Bedeutung könnten Öko-Regelungen sein, die die folgenden Wirtschaftsformen ansprechen:

- Eine grundwasserschonende Landbewirtschaftung (maximale Stickstoffdüngung in Höhe von 160 Kilogramm je Hektar, davon maximal 80 Kilogramm Mineraldüngung; eine Anlehnung an eine Regelung der Düngeverordnung).
- Die Bewirtschaftung von Grünland mit Weidegang und maximal zwei Grasschnitten pro Jahr. (Neu eingeführt wurde als Extraregelung ab 2023 in der Ersten Säule bereits die Förderung von Mutterkühen, Schafen und Ziegen. Die Milchkühe sind dagegen leider ausdrücklich ausgenommen.)
- Die Förderung von Milchviehbetrieben, die vor allem das betriebseigene Grundfutter zur Milcherzeugung einsetzen.
- Die Schweinehaltungsbetriebe mit Stroheinstreu und bei denen die Schwänze der Tiere nicht kupiert wurden.
- Legehennenbetriebe mit Mobilställen.

Zwar kann es durchaus sinnvoll sein, auch bisher wenig praktizierte Formen der Landwirtschaft (etwa Agroforst) anzusprechen, der Schwerpunkt sollte aber auf diejenigen Betriebe gelegt werden, die trotz einer seit Jahrzehnten ausgerichteten Politik der Intensivierung sich eigene Wege mit positiven Wirkungen auf Einkommen, Umwelt und Tierschutz erarbeitet haben. Vieles braucht nicht neu angefangen zu werden, sondern braucht nur Anerkennung und Unterstützung!

Flächenmonitoring durch Satelliten verpflichtet Landwirte zur Kontrolle der Fotos

Ein ganz besonderes »Geschmäckle« hat das Direktzahlungssystem ab 2023 dadurch bekommen, dass der flächenbezogene Teil der Kontrollen (»Flächenmonitoring«) zukünftig durch Satelliten erfolgen soll. Das war ein Schritt der Politik, über den die landwirtschaftlichen Betriebe erst kurz vor der Entscheidung über die veränderte Gemeinsame Agrarpolitik informiert wurden. Eine Meinungsbildung bzw. Meinungsäußerungen dazu waren nicht möglich (ein »fait accompli« also). Alle Flächen werden in fünfjährigem Abstand von Satelliten überflogen und fotografiert (mit einer Auflösung von bis zu zehn Metern). Eine Auswertung soll durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz erfolgen. Wenn es fehlerhafte Interpretationen gibt, wird das in einem Portal mitgeteilt. Der Betrieb soll das Portal beobachten und sich bei einer Beanstandung mit der Bewilligungsstelle in Verbindung setzen. Der Betrieb ist dann verpflichtet, »georeferenzierte Fotos« als Beweis einzureichen mit einer »FAL-App« (Photo-App für landwirtschaftliche Förderung).

Über *alles* sind die Regelungen inzwischen derart kompliziert, dass nicht nur die Landwirte und Landwirtinnen daran verzweifeln, sondern auch die Verwaltung heillos überfordert

sein dürfte. Die ständigen Satellitenkontrollen könnten Elemente der Horrorvisionen von George Orwell werden.

Fazit und kleiner Ausblick

Die Wirtschaftsjahre 2021/22 und 2022/23 brachten bisher nicht gekannte Preiszunahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe. Trotz ebenfalls deutlicher Kostenerhöhungen haben sich die Einkommen sehr erheblich verbessert. Das gilt für die konventionellen Betriebe stärker als für die biologisch wirtschaftenden. Da diese Vorgänge aber – für jeden ersichtlich – vorübergehender Natur sind (die Auszahlungspreise sind zwischenzeitlich, außer bei Schweinen, wieder fast auf das Ausgangsniveau zurückgefallen), ändert sich nichts an der weit verbreiteten Unsicherheit bei Landwirten und Landwirtinnen über ihre Zukunft. Die Zahl der Aufgabe von Betrieben ist weiterhin hoch.

All die agrarpolitischen Anstrengungen, die auf eine Verbesserung der Qualität von Lebensmitteln und auf die Verbesserung der Auszahlungspreise durch Ausbau einer »Qualitätsproduktion« setzen, haben Mitte 2023 große Enttäuschungen wegstecken müssen:

Große Enttäuschungen

- Die vom Landwirtschaftsminister angekündigte Einschränkung der Werbung für Lebensmittel, die für Kinder ungesund sind, wurde nach Protesten der einschlägigen Unternehmen wieder zurückgezogen (dabei ging es nur um eine Einschränkung der Werbung, nicht zu denken an eine Einschränkung der Herstellung!).
- Galt es bisher als ausgemacht, dass die deutsche Politik als Folge der über viele Jahre bereits bestehenden Ablehnung durch viele Landwirte und Verbraucher den gentechnischen Anbau von den Feldern weiter fernhält, signalisieren sowohl die EU-Kommission als auch der deutsche Landwirtschaftsminister »Offenheit« gegenüber den neu vorgeschlagenen Verfahren für gentechnische Manipulationen.

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. **Vertragssicherheit für Landwirte schaffen!** Die Richtlinie der Gemeinsamen Marktordnung der EU, die vorschreibt, dass Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft vor einer Belieferung durch Landwirte Verträge mit diesen abschließen müssen über Dauer, Preise und Mengen (Art. 148 der Gemeinsamen Marktordnung der EU), ist zeitnah umzusetzen. Dies muss auch die genossenschaftlichen Unternehmen einschließen. Erst durch die Umsetzung dieser Forderung können die landwirtschaftlichen Betriebe sich von ihrer Rolle als »bloße Ablieferer« von Rohstoffen emanzipieren und tatsächlich zu Teilnehmern am Marktgeschehen werden.
2. **Novellierung der Agrarstrukturgesetze in den Bundesländern!** Ziel muss sein, den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an außerlandwirtschaftliche Investoren wirksam zu unterbinden. In immer stärkerem Ausmaß dringen Investoren in den Bodenmarkt ein und schwächen dadurch die Wirtschaft im ländlichen Raum. Das zu unterbinden, ist eine Aufgabe der Politik, die sich im Westen wie im Osten Deutschlands stellt.



3. **Förderung der Neugründung landwirtschaftlicher Betriebe!** Es gibt seit vielen Jahren ein großes Interesse bei jungen Menschen, Landwirtschaft zu erlernen und danach einen Betrieb zu übernehmen. Das ist aus sozialen, aus ökonomischen und aus Umweltgesichtspunkten zu unterstützen, weil so Vielfalt erhalten oder wiederhergestellt werden kann.
4. **Technikfolgenabschätzung für die Digitalisierung der Landwirtschaft entwickeln!** Die Landwirtschaft sollte nicht blind in die Digitalisierung »hineingelockt« werden. Wie bei allen neuen Technologien wird auch die Digitalisierung von Werbung und Propaganda begleitet. Wichtig wäre deshalb, auch mögliche negative Wirkungen (z. B. Zunahme des Strombedarfs, Probleme der Datensicherheit) durch Technologiefolgenuntersuchungen in den Blick zu nehmen und politisch zu diskutieren.
5. **Inflationsausgleich bei der Finanzausstattung der EU-Agrarförderung schaffen!** Die Finanzierung der Agrarförderung ist seit 1992 in etwa gleich geblieben. Da sie eine große Bedeutung für das Einkommen in den landwirtschaftlichen Betrieben hat, ist sie mindestens um die Höhe der Inflationsrate anzuheben.

■ Mit der Selbstauflösung der Borchert-Kommission (und der Nichtbereitstellung entsprechender Haushaltsmittel durch die Regierung) ist der Versuch gescheitert, trotz Weltmarktausrichtung der europäischen Landwirtschaft durch gewisse Verbesserungen der Haltungsbedingungen in den Schweineställen sowohl die Akzeptanz der Öffentlichkeit zurückzugewinnen als auch das Einkommen der Betriebe mit Schweinehaltung auf eine neue Grundlage zu stellen.

**Erfreulich:
Rückgang der
Stickstoffüberschüsse**

Eindeutig sehr erfreulich ist dagegen, dass der Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft sowohl in der Stallbilanz wie in der Feldbilanz *deutlich* zurückgegangen ist. Das dürfte auch auf den Rückgang der Zahl der Tiere in der Landwirtschaft und auf die Verminderung der mineralischen Stickstoffdüngung zurückzuführen sein.

Sehr ermutigend ist auch, dass weiterhin Betriebe aus den von Politik und Berufsstand vorgesehenen »Entwicklungslinien« ausscheiden und »ihr eigenes Ding« machen. Dazu zählen die »Soziale Landwirtschaft« und auch die vielen Betriebe, die sich in ihrem Umfeld engagieren und eigene Wege der Erzeugung und Vermarktung erarbeiten.

Anmerkungen

- 1 Statistisches Bundesamt Fachserie 3, Reihe 2.1.8.
- 2 Quelle: top agrar 4 (2023), S.28.
- 3 Quelle: Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben 11 (2023), S. 24.
- 4 Umweltbundesamt: Indikator Grünlandfläche (<https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-indikatoren/indikator-gruenlandflaeche#welche-bedeutung-hat-der-indikator>).
- 5 Statistisches Bundesamt: Bodennutzungshaupterhebung April 2023.
- 6 Statistisches Bundesamt: Viehzählung Mai 2023.
- 7 Tiergesundheit in deutschen Milchviehbetrieben. PraeRi-Studie, Abschlussbericht. Hrsg. von Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover 2020.
- 8 Statistisches Bundesamt: Zählung Mai 2023.
- 9 Ebd.
- 10 Quelle: Merkur, online vom 22. Juni 2023.
- 11 Quelle: Wochenblatt NRW 29 (2023), S.49.
- 12 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Statistischer Monatsbericht Heft 5, Kap. A: Nährstoffbilanzen und Düngemittel, Nährstoffbilanz insgesamt von 1990 bis 2020. Berlin 2022.
- 13 BMEL: Statistischer Monatsbericht Heft 12, Kap. A: Entwicklung des Inlandsabsatzes von Düngemitteln 2005-2022. Berlin 2022.
- 14 Siehe hierzu ausführlich den Gentechnik-Jahresrückblick von Annemarie Volling in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 269-279)
- 15 Siehe hierzu den Beitrag von Corinna Hölzel und Jan Wittenberg in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 195-201).
- 16 Entnommen der Sendung »ZDF-Heute« vom 23. Januar 2023.
- 17 A.-J. Schweiger: Landhändler warnt: Ukraine-Importe belasten Landwirtschaft. In: Braunschweiger Zeitung vom 21. Juli 2023.
- 18 Vgl. Gruppengespräch mit Ottmar Ilchmann, Lars Kaper und Elmar Hannen in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 139-144).
- 19 BMEL: Statistische Monatsberichte 7 (2023), S. 557.
- 20 Ebd., S. 560.



Prof. Dr. Onno Poppinga
Hochzeitstraße 5
34376 Immenhausen-Holzhausen
rondopopp@t-online.de